

Komplette Zitate zum Lobbying-Gesetz



„Es ist gelungen, erstmals klare Transparenz-Regeln für Lobbying – inklusive empfindlicher Strafandrohungen – zu schaffen. Gleichzeitig wird die Bedeutung von Lobbying und Interessenvertretung für die Qualität der Gesetzgebung nicht übersehen.“

„Wir schließen mit dieser Gesetzesvorlage einen Graubereich, der bisher nicht klar geregelt ist. Der Entwurf bringt Transparenz und Nachvollziehbarkeit.“

„Lobbying und Interessensvertretung sind nicht negativ zu bewerten und schon gar nicht zu verbieten – im Gegenteil, für eine Demokratie ist es wichtig und legitim, dass die Zivilgesellschaft Interessen gezielt gegenüber der Politik vertritt. Dies muss aber in größtmöglicher Transparenz geschehen.“

„Bürger sollen wissen, wer Lobbying betreibt. Entscheidungsträger sollen wissen, welche Interessen ein Lobbyist vertritt. Genau das soll das neue Lobbyistengesetz sicher stellen.“

„Das neue Lobbying-Gesetz würde zwar einen Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Stand der Nichtregelung dieses Bereichs bedeuten:

Positiv ist, dass für die Aufnahme von Lobbying-Tätigkeiten durch Agenturen und Unternehmenslobbyisten die Eintragung in das geplante Register zwingende Voraussetzung sein wird und das Gesetz erstmals gewisse Grundregeln eines „Berufsrechts“ für Lobbyunternehmen sowie basale Verhaltensnormen für Lobby-Agenturen und Unternehmenslobbyisten schaffen wird. Skeptisch betrachtet TI jedoch die sehr enge Umschreibung von Lobby-Tätigkeiten sowie die völlige Sanktionslosigkeit bei Nichterfüllung der Registrierungspflichten bei Interessenverbänden.

Es fehlt ein Gesamtkonzept im Kampf gegen die Korruption – derzeit erfolgt nur Anlassgesetzgebung.

Die Politik sollte ihre Verantwortung wahrnehmen und nicht nur verbal bekunden! Verstärkter öffentlicher Druck durch Medien und Bevölkerung ist notwendig, damit es zu einer Wertebesinnung kommt.“



„Ich empfinde das neue LobbyG trotz aller Fortschritte als Missachtung der Interessen des Mittelstandes. Solange nämlich die Profi-Lobbyisten der Groß-Organisationen weiterhin mit viel Geld und Know-how-Vorsprung ganz legal Rahmenbedingungen, Gesetze und Staatsausgaben überproportional zu ihren Gunsten beeinflussen können, haben wir keinen echten Schritt gegen die bestehende „Lobbykratie“ gesetzt.

Im Grunde bräuchten wir ein Gesetz, welches den benachteiligten, die große Steuerlast tragenden mittelständischen Unternehmern und ihren Mitarbeitern – und damit der klaren Mehrheit der Gesellschaft – „gleiche Startbedingungen“ gegenüber den Groß-Lobbies verschafft. Kein Wunder, wenn in den Erläuterungen zum LobbyG-Entwurf unter „Auswirkungen“ keine demokratiepolitischen genannt werden.“

